



**1989/90**



Berliner Auftraggeber  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur





Berliner Beauftragter  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Die DDR in den 1980er-Jahren – Zusammenbruch vorprogrammiert?	4
2. Von Wahl zu Wahl – die Demokratisierung der DDR	6
3. Protest	16
4. Friedliche Revolution?	22
5. Nichts zu verlieren?	27
6. Deutschland einig Vaterland	32
7. Fazit	37

Titelbild:  
Demonstration auf dem Alexanderplatz  
in Ost-Berlin am 4. November 1989

# 1. DIE DDR IN DEN 1980ER JAHREN – ZUSAMMENBRUCH VORPROGRAMMIERT?

Die DDR steckte in den 1980er-Jahren in einer tiefen Krise. Die herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte viele ihrer Versprechungen nicht eingelöst, allen voran die Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern oder modernen Wohnungen. Obwohl viele Menschen ahnten, dass sich dies nicht ändern würde, hatten sie sich in der DDR eingerichtet und hielten die Spielregeln des Regimes ein. Wer das nicht tat, musste mit der vollen Härte der Diktatur rechnen. Der Überwachungsstaat war stark ausgebaut. Die Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin war gesichert, mehrere hundert Menschen wurden bei Fluchtversuchen getötet. Statt der rosigen Zukunft aus den SED-Versprechungen überwog der Alltag in einer stagnierenden Gesellschaft.

Auch wirtschaftlich schlug sich die Stagnation nieder. Anfang der 1980er-Jahre drohte die Zahlungsunfähigkeit der DDR. Die DDR-Wirtschaft war nicht in der Lage, flexibel auf die globalen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu reagieren. Ende der 1970er- und in den 1980er-Jahren nahmen oppositionelle Aktivitäten gegen das Regime zu, auch wenn sich nur wenige Menschen aktiv engagierten. Oppositionelle Gruppen formierten sich zunächst v. a. als Friedensbewegung, die sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft richtete. Der Systemkonflikt zwischen Ost und West spitzte sich Ende der

Unerlaubte  
Menschenkette an  
der Marienkirche  
in Ost-Berlin zum  
Weltfriedenstag am  
1. September 1983



1970er-Jahre zu, als die Supermächte USA und UdSSR aufrüsteten und die Angst vor einem atomaren Krieg wuchs. Weitere Themen oppositioneller Gruppen waren Umweltschutz und Menschenrechte. Im Rückblick scheint es fast unausweichlich, dass die DDR auf den Zusammenbruch zusteuerte. Doch Anfang 1989 war es für die meisten

Menschen in der DDR undenkbar, dass das Land in nur wenigen Monaten nicht mehr existieren würde. Auch Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft der Bundesrepublik hielten dies nicht für möglich. Selbst die Führung der SED glaubte an das Fortbestehen ihrer Herrschaft, obwohl sie um die schwierige Situation wusste.

## 2. VON WAHL ZU WAHL – DIE DEMOKRATISIERUNG DER DDR

### Aufdeckung des Wahlbetrugs im Mai 1989

Nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 begann ein politischer Wandel in der DDR, der mit den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 seinen Höhepunkt fand. Erst nach diesen Wahlen konnte sich eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR bilden.

Seit der Gründung der DDR 1949 hielt das SED-Regime regelmäßig Wahlen ab, die jedoch keinen demokratischen Standards (allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim) entsprachen. Sie dienten v. a. dazu, den Anschein von Demokratie zu wahren, ohne die Macht der SED zu gefährden. Obwohl viele wussten, dass Manipulationen notwendig waren, um die von der SED geforderten Zustimmungsraten von 98 % und mehr zu erreichen, beteiligten sich die meisten Menschen an den Wahlen.

#### KONTEXT



#### „Wahlen in der DDR“

Informationsbroschüre des BAB

<https://www.aufarbeitung-berlin.de/bildungsarbeit/publikationen>

#### „Das mache ich nicht mit!“

Wahlen in der DDR

BABcast mit Evelyn Zupke



<https://www.aufarbeitung-berlin.de/podcast/themen-des-bab#c679>

#### ZEITZEUGINNEN

Erst bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 gelang es oppositionellen Gruppen wie dem „Friedenskreis Weißensee“ Menschen zu mobilisieren, die bisher nicht systemkritisch aufgefallen waren. Sie beobachteten in vielen Wahllokalen die Stimmauszählungen und bewiesen so die Wahlfälschung. Die vor Ort erhobenen Zahlen stimmten nicht mit den veröffentlichten Wahlergebnissen überein. In Berlin-Weißensee zählten die Wahlbeobachtenden fast doppelt so viele Gegenstimmen und ungültige Stimmen wie offiziell verkündet wurden. Noch am Wahlabend gründeten mehrere oppositionelle Gruppen in Ost-Berlin eine „Koordinierungsgruppe Wahlen“, die Nachweise über Wahlfälschungen und Manipulationen in der Broschüre „Wahlfall 89“ dokumentierte und damit Öffentlichkeit herstellte.

#### QUELLE

#### Wahlfall 89

Dokumentation über  
Wahlfälschungen  
in der DDR

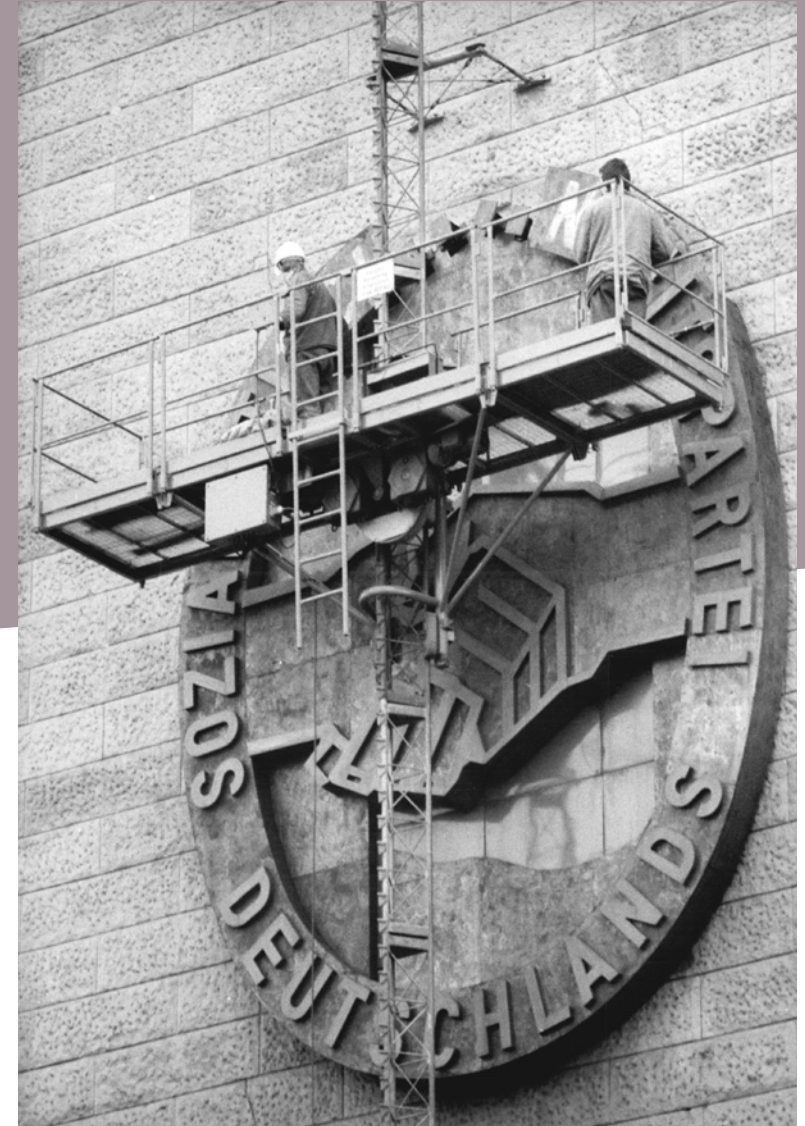


<https://www.stasi-mediathek.de/medien/wahlfall-89-dokumentation-der-opposition-ueber-wahlfael-schungen/blatt/1/>

## Machterosion innerhalb der SED

Die Machthabenden verkündeten wie immer, dass die Wahlergebnisse den Konsens zwischen der SED und den Menschen in der DDR widerspiegeln. Immerhin hätten 98,85% der Wählerinnen und Wähler der Einheitsliste zugestimmt – trotz allem das schlechteste Ergebnis seit Gründung der DDR. Das Regime sah in den Wahlbeobachtungen eine Gefahr für die eigene Macht. Die Staatssicherheit verstärkte die Überwachung und Verfolgung von oppositionellen Gruppen und Menschen, die das Wahlergebnis anzweifelten.

Nach den Wahlen protestierten einige Menschen gegen den Wahlbetrug, manche auf der Straße, doch viele zunächst auf legale Weise: Sie formulierten Eingaben oder stellten Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen § 211 Strafgesetzbuch der DDR (Wahlfälschung). Unter den Protestierenden waren auch SED-Mitglieder, die von ihrer Partei eine Reaktion auf die nachgewiesene Wahlfälschung erwarteten. Diese blieb jedoch aus. In der SED selbst rumorte es, die Parteiführung verlor zunehmend die Unterstützung ihrer eigenen Basis. Immer mehr Parteimitglieder folgten den Vorgaben nicht mehr oder verließen die SED. Von Januar bis Oktober traten mehr als 30.000 Mitglieder aus der Partei aus – ein dramatischer Anstieg im Vergleich zu den 5.000 bis 8.000 Austritten pro Jahr vor 1989. Die Macht der SED zerfiel zusehends und auch der Führungswechsel an der Parteispitze am 18. Oktober 1989 konnte dies nicht mehr aufhalten. Egon Krenz, der Erich Honecker als Parteichef beerbte, konnte das Ruder nicht mehr herumreißen. Bis Anfang 1990 traten weitere 600.000 Menschen aus der SED aus.



Am 23. Januar 1990 wird das Symbol der SED vom zentralen Sitz der Partei am Werderschen Markt in Ost-Berlin (heute Außenministerium) entfernt.

# Der Mauerfall

Ab Oktober 1989 gab es zunehmend Proteste gegen das SED-Regime, an denen immer mehr Menschen teilnahmen. Die Machthabenden gerieten immer stärker unter Druck und reagierten mit ersten Zugeständnissen. Die SED zeigte sich zu Reformen bereit. Ein neues Reisegesetz sollte z. B. den Forderungen der Menschen nach Reisefreiheit entgegenkommen. Die neuen Regelungen sollten u. a. private Reisen in den Westen ohne Angabe von Gründen und ohne Genehmigung möglich machen. Günther Schabowski, seit wenigen Tagen Sprecher des Zentralkomitees der SED, informierte Vertreterinnen und Vertreter der Presse am Abend des 9. November über diese Entscheidung. Die Beschlussvorlage hatte er erst kurz vorher erhalten. Ein Journalist fragte, ab wann diese Reiseregulungen gelten sollten. Schabowski wusste anscheinend nicht, dass die neuen Reiseregulungen erst am nächsten Tag in Kraft treten sollten, und so stammelte er die berühmten Worte: „Das tritt nach meiner Kenntnis, ist das sofort, unverzüglich.“

**Grenzübergang  
Bornholmer Straße  
am 9. November 1989**



## WUSSTEST DU ...

**... dass sich bereits am 3. November 1989  
eine Grenze für die Menschen in der DDR öffnete?**

An diesem Tag entschied die Regierung der Tschechoslowakei, dass sie Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik ausreisen lassen würde. Von da an verließen täglich tausende DDR-Bürgerinnen und Bürger ihr Land auf diesem Weg. Erst zwei Tage zuvor hatte die SED-Führung den visafreien Reiseverkehr ins Nachbarland wieder erlaubt. Sie hatte ihn zuvor ausgesetzt, weil mehrere tausend Menschen aus der DDR die bundesdeutsche Botschaft in Prag besetzt hatten, um ihre Ausreise zu erzwingen.

Die Nachricht verbreitete sich blitzschnell. Bundesdeutsche Nachrichtensendungen, die auch in den meisten Teilen der DDR gesehen werden konnten, berichteten darüber. In Ost-Berlin gingen viele Menschen zu den Grenzübergängen und forderten die Reisefreiheit ein. Die Grenzsoldaten waren völlig überrascht und hatten keinerlei Anweisungen. Doch immer mehr Menschen kamen. Am Grenzübergang Bornholmer Straße ließen die Grenzsoldaten um 21.30 Uhr die ersten Menschen nach West-Berlin. Bis Mitternacht waren alle Grenzübergänge in Berlin offen. Damit hatte das SED-Regime seinen letzten Stabilitätsanker verloren.

# Das Ende der SED-Herrschaft

Mit dem Mauerfall änderten sich die Rahmenbedingungen grundlegend. Nun konnten Menschen die DDR verlassen, ohne sich auf lebensgefährliche Fluchten begeben zu müssen. Immer mehr Menschen nutzten diese Möglichkeit. Doch viele blieben auch, um die weitere Veränderung der DDR mitzugestalten. Sie engagierten sich u. a. in den verschiedenen Bürgerrechtsgruppen, die sich v. a. in den Wochen vor dem Mauerfall gegründet hatten. Obwohl diese Gruppen unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft der DDR hatten, einte sie ein Ziel: die Demokratisierung der DDR.

Erst nach dem Mauerfall zeigte sich das SED-Regime bereit, über demokratische Reformen und freie Wahlen zu reden. Diese Verhandlungen fanden ab dem 7. Dezember 1989 am „Zentralen Runden Tisch“ statt. Dort trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der alten politischen Kräfte und der neuen aus Bürgerbewegung und Opposition. Demokratisch legitimiert war das Gremium allerdings nicht und bestand daher nur bis zur Wahl der ersten demokratisch gewählten Volkskammer.

## ZEITZEUGINNEN



### Vom Verschwinden der Stasi

Wie löst man eigentlich einen Geheimdienst auf?

**BABcast mit Margitta Kupler**

<https://www.aufarbeitung-berlin.de/podcast/berlin-1990-eine-stadt-im-wandel#c1770>

**Stimmberechtigte Teilnehmende  
des „Zentralen Runden Tisches“**  
Verteilung der Sitze 18.12.1989 – 12.3.1990

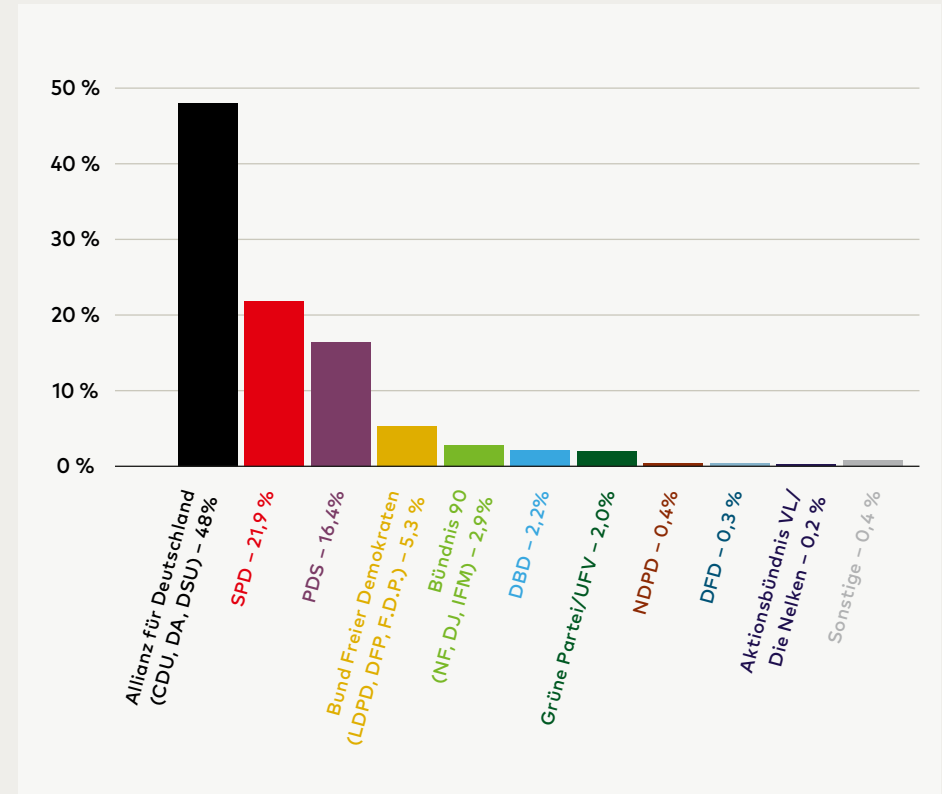


Am „Zentralen Runden Tisch“ sollten deshalb keine Entscheidungen getroffen, sondern lediglich Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Die rasanten politischen Entwicklungen zwangen das Gremium aber letztlich in die Entscheidungsgewalt.

Eine der wichtigsten Entscheidungen war die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das als „Schild und Schwert der Partei“ die Herrschaft der SED gesichert und dafür viele Menschen in der DDR bespitzelt, verhaftet und zersetzt hatte. Im November und Dezember gab es immer wieder Informationen, dass die Staatssicherheit Akten vernichtete. Um dies zu verhindern, besetzten ab 4. Dezember 1989 Menschen Stasi-Dienststellen im ganzen Land – zuerst die Bezirksdienststelle in Erfurt und schließlich als letztes am 15. Januar 1990 die Zentrale in Ost-Berlin. Die Menschen forderten die Auflösung der Staatssicherheit und den Stopp der Aktenvernichtung.

Mit den ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 war das Ende der SED-Herrschaft besiegelt. Überraschenderweise gewann die „Allianz für Deutschland“. Sie war ein Bündnis aus der bis dahin in der DDR als Blockpartei existierenden CDU, dem 1989 als Bürgerbewegung gegründeten „Demokratischen Aufbruch“ und der 1990 als Partei neu gegründeten „Deutschen Sozialen Union“. Schon im Wahlkampf hatte sich die Allianz für eine schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten stark gemacht, genauso wie die West-CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl. Am 12. April wählte die neue Volkskammer Lothar de Maizière (CDU) zum Ministerpräsidenten. Seine Regierung stellte die Weichen für die deutsche Einheit, die am 3. Oktober vollzogen wurde.

**Ergebnisse der Volkskammerwahl  
am 18. März 1990**  
Wahlbeteiligung 93,4 %



- |   |   |
|---|---|
| <b>CDU:</b> Christlich Demokratische Union          | <b>IFM:</b> Initiative für Frieden und Menschenrechte   |
| <b>DA:</b> Demokratischer Aufbruch                  | <b>LDPD:</b> Liberaldemokratische Partei Deutschlands   |
| <b>DBD:</b> Demokratische Bauernpartei Deutschlands | <b>NDPD:</b> National-Demokratische Partei Deutschlands |
| <b>DFD:</b> Demokratischer Frauenbund Deutschlands  | <b>NF:</b> Neues Forum                                  |
| <b>DFP:</b> Deutsche Forumpartei                    | <b>PDS:</b> Partei des Demokratischen Sozialismus       |
| <b>DJ:</b> Demokratie Jetzt                         | <b>SPD:</b> Sozialdemokratische Partei in der DDR       |
| <b>DSU:</b> Deutsche Soziale Union                  | <b>UFV:</b> Unabhängiger Frauenverband                  |
| <b>F.D.P.:</b> Freie Demokratische Partei der DDR   | <b>VL:</b> Vereinigte Linke                             |

### 3. PROTEST

#### Protest auf den Straßen

Seit dem 17. Juni 1953, dem Tag des brutal niedergeschlagenen Volksaufstands mit mindestens 55 Toten, waren Demonstrationen in der DDR kaum noch denkbar. Das SED-Regime hatte seinen Repressionsapparat massiv ausgebaut.

Nach den gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 wagten es dennoch einige Bürgerinnen und Bürger, öffentlich gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Ab Juni fanden jeweils am 7. des Monats kleine Protestaktionen auf dem Alexanderplatz statt.

#### WUSSTEST DU ...

**... dass Gorbatschow den berühmt gewordenen Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ nie gesagt hat?**

Was er mehrfach andeutete war, dass die SED die Lage erkennen müsse und endlich handeln solle. Gorbatschow war bei vielen Menschen in der DDR beliebt, weil er in der Sowjetunion unter den Stichworten „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung) Reformen angestoßen hatte. Nach Jahren der Stagnation wollte der neue starke Mann in Moskau die kriselnde Sowjetunion, den Sozialismus und die Macht der KPdSU retten – vergeblich.

Wie schon in den Jahrzehnten zuvor reagierten die Sicherheitsorgane des Regimes mit harten Repressionsmaßnahmen. Sie stellten Menschen unter Hausarrest, setzten sie unter Druck oder verhafteten sie nach wenigen Augenblicken. Am 7. September wurden auf dem Alexanderplatz etwa 190 Menschen kontrolliert, 59 Personen wurden festgenommen. Ob sie tatsächlich an der Protestaktion teilnehmen wollten, lässt sich heute nicht mit Sicherheit sagen.

Einen Monat später demonstrierten wieder Dutzende Menschen gegen den Wahlbetrug. Diesmal schlossen sich jedoch mehrere tausend Menschen an, denn an diesem Tag fand auf dem Alexanderplatz ein großes Volksfest zum 40jährigen Bestehen der DDR statt. Nur wenige Meter entfernt, im Palast der Republik – dort wo heute das Humboldt-Forum steht – hatte sich währenddessen die SED-Führung mit ihren Gästen versammelt. Darunter war auch Michail Gorbatschow, der

#### QUELLEN

**Bericht von Radio Glasnost zur Demonstration am 7. Juni 1989**



<https://www.jugendopposition.de/themen/herbst89/145314/proteste-gegen-den-wahlbetrug?video=144975#vplayer>

**Dokumentation der Kontakttelefongruppe in der Berliner Gethsemane-Gemeinde über die Vorkommnisse am 7. und 8. Oktober 1989**



<https://www.stasi-mediathek.de/medien/gedaechtnisprotokolle-tage-und-naechte-nach-dem-7-oktober-1989-in-ost-berlin/blatt/7/>

## ZEITZEUGE

### Erfahrungsbericht eines Teilnehmers der Proteste am 7. Juli 1989



<https://www.havemann-gesellschaft.de/07071989-zu-dumm-zum-ad-dieren-aber-ein-ganzes-land-regieren-wahldemo-auf-dem-alexanderplatz/>

Chef der kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Demonstrierenden bewegten sich in Richtung Palast. Zu hören waren Rufe wie „Gorbi, Gorbi“, „Keine Gewalt“ und „Demokratie – jetzt oder nie“. Doch erneut griffen die Sicherheitskräfte hart durch. Sie drängten die immer größer werdende Menge in Richtung Prenzlauer Berg ab. Nicht nur Demonstrierende, sondern auch unbeteiligte Personen erlebten massive Gewalt und viele wurden verhaftet.

## QUELLE

### Filmaufnahmen von der Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989



<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/297873/schluesselmoment-der-geschichte-der-9-oktober-1989-in-leipzig/>

## Massendemonstrationen im Herbst 1989

Trotz der drohenden Gewalt schlossen sich im Herbst 1989 immer mehr Menschen den Protesten in der DDR an. Heute richtet sich der Blick v. a. auf Ost-Berlin und Leipzig. Doch bereits vor der spontanen Großdemonstration am 7. Oktober fanden größere Proteste z. B. in Dresden und Plauen statt.

In Leipzig waren die Friedensgebete in der Nikolaikirche seit Anfang der 1980er-Jahre ein zentraler Treffpunkt für Andersdenkende. Im Jahr 1989 beteiligten sich immer mehr Menschen. Am 4. September 1989 demonstrierten nach dem Gebet rund 1.000 Menschen auf den Stra-

ßen z. B. „Für ein offenes Land mit freien Menschen“. In den folgenden Wochen wurden die Montagsdemonstrationen immer größer. Die Menschen forderten Reise- und Meinungsfreiheit sowie die Absetzung der Machthabenden. Am 9. Oktober versammelten sich schließlich rund 70.000 Menschen in Leipzig – die bis dahin größte Demonstration im Herbst 1989. Das SED-Regime hatte zahlreiche Sicherheitskräfte zusammengezogen, verzichtete aber überraschend auf Gewalt.

Am 4. November 1989 fand schließlich in Ost-Berlin die erste offiziell genehmigte, aber nicht staatlich gelenkte Großdemonstration statt. Sie endete mit einer Abschlusskundgebung auf dem Alexanderplatz. Berliner Kulturschaffende, v. a. aus den Theatern, hatten die Veranstaltung angemeldet. Bürgerrechtsgruppen wie das „Neue Forum“ hatten entscheidend mitgewirkt, traten aber nicht als Veranstalter in Erscheinung. Gefordert wurden u. a. freie Wahlen sowie Presse- und Meinungsfreiheit. Wie viele Menschen teilnahmen, lässt sich heute nicht mehr genau feststellen. Schätzungen gehen von über 200.000 bis zu ca. 500.000 Teilnehmenden aus.

## Abstimmung mit den Füßen

Im Herbst 1989 beteiligten sich zunehmend Menschen an den Demonstrationen, die die DDR verlassen wollten. Sie wollten ihre Menschenrechte sofort verwirklicht sehen – ohne sich auf langwierige politische Veränderungen einlassen zu müssen. Zwischen diesen Ausreisewilligen und der Opposition, die für eine demokratische DDR kämpfte, herrschte daher ein angespanntes Verhältnis.

Schon vor dem Beginn der Massendemonstrationen hatten viele Menschen die DDR verlassen. Im Jahr 1989 waren bis zum Sommer rund 100.000 Menschen geflohen. Ein wichtiger Fluchtweg führte über Ungarn, wo im Mai mit dem schrittweisen Abbau der Sperranlagen begonnen worden war. Die Zahl der Flüchtenden stieg in den Sommermonaten rapide an. Im August waren es 30.000, im Oktober schon 57.000. Viele von ihnen suchten Zuflucht in den bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Prag und Budapest, wo sie letztlich ihre Ausreise erwirken konnten.

Ausreisewillige  
DDR-Bürgerinnen und -Bürger  
kampieren im Herbst 1989  
vor der bundesdeutschen  
Botschaft in Prag.



Die SED schwieg zunächst dazu oder leugnete die Massenflucht. Doch der öffentliche und internationale Druck wuchs. Hinter verschlossenen Türen berieten die Machthabenden über mögliche Maßnahmen – darunter sogar eine vollständige Schließung der Grenzen. Doch eine solche radikale Lösung schien ihnen nicht mehr praktikabel. Stattdessen beschlossen sie am 9. November eine neue Reiseregulierung, die bekanntlich zum Mauerfall führte.

In den ersten Tagen und Wochen nach der Grenzöffnung waren die weiteren Entwicklungen noch nicht absehbar. Viele Menschen fürchteten, dass die SED die Grenzen wieder schließen könnte. Im Winter 1989/90 offenbarte sich zudem die wirtschaftliche Misere in der DDR. Beides waren Gründe, warum auch nach dem Mauerfall Menschen die DDR verließen.

## Warum demonstrierten so viele Menschen im Herbst 1989?

Ohne die Massendemonstrationen wäre eine Demokratisierung in der DDR undenkbar gewesen. Doch warum gingen die Menschen auf die Straße, wer mobilisierte sie? Über diese Frage besteht bis heute Uneinigkeit: Im Jahr 2019 trugen der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk und der Soziologe Detlef Pollack diese Debatte öffentlich aus. Kowalczyk argumentierte, dass oppositionellen Gruppen und Bürgerbewegungen die entscheidenden Grundlagen für die Massendemonstrationen geschaffen hätten. Pollack hingegen sah in der Ausreisebewegung den wichtigsten Impulsgeber – die organisierte Opposition habe hingegen nur eine geringe Mobilisierungskraft entfaltet.

### KONTEXT

**Sendung „Streitkultur“  
des Deutschlandfunks  
zum Thema „Ilko-Sascha  
Kowalczyk vs.  
Detlef Pollack“ vom  
7. September 2019  
„Hat die DDR-Opposition  
die friedliche Revolution  
bewirkt?“**



<https://www.deutschlandfunk.de/ilko-sascha-kowalczyk-vs-detlef-pollack-hat-die-ddr-100.html>

## 4. FRIEDLICHE REVOLUTION?

### Physische und psychische Gewalt

Die Ereignisse des Herbstes 1989 werden heute häufig als „Friedliche Revolution“ beschrieben, also Revolution ohne Gewalt. Dabei war der Beginn der Revolution alles andere als gewaltfrei. Sowohl das Regime als auch Protestierende übten Gewalt aus. Doch in der kollektiven Erinnerung spielt die Gewaltfreiheit eine entscheidende

Rolle. Die Bezeichnung „Friedliche Revolution“ erinnert an das Gewaltpotential der Herbstrevolution und daran, dass diese Eskalation ausblieb. Die DDR-Gesellschaft war in vielen Teilen geprägt durch physische und psychische Gewalt. In Ost-Berlin griff die Staatsmacht jeden Monat brutal ein, wenn Menschen gegen den Wahl-

#### BASISWISSEN

### Tian'anmen-Massaker

Die wirtschaftliche Liberalisierung in den 1980er-Jahren weckte bei Menschen in der Volksrepublik Hoffnungen auf eine Demokratisierung. Doch die Parteiführung hatte keine politische Öffnung im Sinn. Im Frühling des Jahres 1989 protestierten v. a. Studierende im ganzen Land. In Peking besetzten die Protestierenden den Tian'anmen-Platz, woraufhin die Regierung das Kriegsrecht verhängte. Mithilfe des Militärs räumte sie den Platz und ging auch im restlichen Stadtgebiet gewaltsam gegen die Demonstrierenden vor. Schätzungen zufolge starben hunderte bis tausende Menschen, Amnesty International geht von circa 3.000 Menschen aus. Bis heute unterbindet die chinesische Regierung ein Gedenken an das Massaker.

#### WUSSTEST DU ...

**... dass sich neben der Bezeichnung „Friedliche Revolution“ bis heute vor allem der Begriff „Wende“ durchgesetzt hat?**

Wende wird häufig genutzt, um die Zeit zwischen Herbstprotesten und deutscher Einheit zu beschreiben. Kritik findet der Begriff v. a. unter ehemaligen Oppositionellen, da die Prägung des Begriffes bis heute dem letzten SED-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz zugesprochen wird. Er versuchte, sich im Laufe des Umbruchs immer wieder als Reformierender zu inszenieren. Noch vor Krenz verwandten andere diesen Begriff, wie z. B. das westdeutsche Magazin „Der Spiegel“.

betrug auf die Straße gingen. Mit den ersten größeren Demonstrationen Anfang Oktober 1989 stieg bei den Menschen die Angst vor Repressionen. Mehr als 35 Jahre zuvor war der letzte große Aufstand in der DDR blutig niedergeschlagen worden. Beim Tian'anmen-Massaker im Juni 1989 schlug das chinesische Militär die Proteste in Peking gewaltsam nieder. Die DDR-Führung verurteilte

das Vorgehen nicht etwa, sondern verhielt sich solidarisch mit der kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Dies löste nicht nur unter der DDR-Bevölkerung, sondern auch im Westen große Empörung und Verunsicherung aus. In der DDR stand die Frage im Raum, ob die Solidarität der SED mit der KPCh bedeutete, dass die SED im Ernstfall ebenfalls zur Gewalt greifen würde.

## Dresden, Berlin, Leipzig

Für die SED-Führung war das größte Problem im Frühherbst 1989 nicht die bis dahin wenigen Proteste, sondern die Ausreisebewegung. Als das SED-Regime die Menschen, die in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag Zuflucht gesucht hatten, ausreisen ließ, mussten die Züge durch das Gebiet der DDR fahren. In Städten wie Plauen oder Dresden sammelten sich daraufhin hunderte Menschen an den Bahnhöfen. Einige wollten die Ausreisenden grüßen, andere hofften, auf die Züge aufspringen zu können.

Am 4. Oktober gab es dabei in Dresden gewalttätige Ausschreitungen zwischen Demonstrierenden und der Staatsmacht. Hier erreichte die Gewalt der Demonstrierenden ihren Höhepunkt. Sie beschädigten den Hauptbahnhof und stehende Züge, griffen die Volkspolizei an. Erste Vermittlungsversuche von Mitarbeitenden der Kirchen hatten nicht geholfen und erst am 5. Oktober gegen zwei Uhr morgens konnte die Ansammlung geräumt werden. In Dresden zeigte sich eindrücklich, wie die Gewalt im Revolutionsherbst hätte eskalieren können.

Auch die Demonstration am 7. Oktober in Ost-Berlin war geprägt von Gewalt. Während die Führung der DDR mit ihren internationalen Gästen im „Palast der Republik“ den 40. Jahrestag der DDR feierte, protestierten wenige Meter entfernt hunderte Menschen. Die Menge entwickelte schnell eine Dynamik, doch die Volkspolizei ging an diesem Tag noch hart gegen die Demonstrierenden vor. Es kam zu unzähligen gewalttätigen Übergriffen und Inhaftierungen.

Nur zwei Tage später, am 9. Oktober lud die Leipziger Nikolaikirche wie jeden Montag zum Friedensgebet. Gerüchten zufolge hätten die Krankenhäuser bereits Blutkonserven gelagert, in den Seitenstraßen wurden Panzer in Stellung gebracht. In den Wochen und Tagen zuvor

Auseinandersetzung  
zwischen Volkspolizei  
und Demonstrierenden  
am 7. Oktober 1989  
in Ost-Berlin



hatten SED-Funktionäre öffentlich verlauten lassen, dass der Sozialismus verteidigt werden müsse, notfalls mit der Waffe. Doch am 9. Oktober blieb es unerwartet ruhig. Weder Demonstrierende noch Volkspolizei machten Anstalten, Gewalt anzuwenden. Wie ist es dazu gekommen?

### „Keine Gewalt!“

Die Proteste der DDR-Opposition hatten eher den Charakter zivilen Ungehorsams. Dies lässt sich einerseits auf den Einfluss der kirchlichen Friedensbewegung zurückführen. Andererseits war klar: Die Demonstrierenden hatten keinerlei Chance gegen die hochbewaffnete Staatsmacht. Ein gewaltvoller Umsturz war zu keinem Zeitpunkt das Ziel der Proteste.

Auch das Regime hatte 1989 kein Interesse an einer Gewalteskalation, selbst wenn es die Mittel dazu gehabt hätte. Die politische Lage war zu unübersichtlich. Hinter den Kulissen bahnte sich zu dieser Zeit ein Machtwechsel an. Eine Gruppe um Egon Krenz bereitete die Ablösung Erich Honeckers als Staats- und Parteichef vor. Krenz hatte zuvor das brutale Vorgehen der chinesischen Führung gegen Protestierende auf dem Tian'anmen-Platz öffentlich gelobt. Im Oktober kam es jedoch

## QUELLE

**Der Aufruf der „Leipziger Sechs“ gelesen durch Gewandhausdirigent Kurt Masur im Stadtfunk am 09. Oktober 1989:**



[https://www.leipzig.de/fileadmin/medien-datenbank/leipzig-de/Stadt/01.1\\_Geschaeftsbereich\\_OBM/12\\_Ref\\_Kommunikation/Herbst\\_89/Stadtfunk/08.\\_Prof.\\_Dr.\\_Kurt\\_Masur.mp3](https://www.leipzig.de/fileadmin/medien-datenbank/leipzig-de/Stadt/01.1_Geschaeftsbereich_OBM/12_Ref_Kommunikation/Herbst_89/Stadtfunk/08._Prof._Dr._Kurt_Masur.mp3)

nicht zum Einsatz von Gewalt. Am 9. Oktober machte z. B. in Leipzig der sogenannte „Aufruf der Sechs“ die Runde. Prominente Leipziger Personen, z. B. Gewandhausdirigent Kurt Masur und der SED-Kultursekretär Kurt Meyer formulierten einen Appell zur Besonnenheit und forderten den friedlichen Dialog. Verbreitet wurde der Aufruf in den Kirchen beim Friedensgebet, aber auch im offiziellen Rundfunk.

Das Regime sah, dass die Demonstrierenden weniger einen Sturz als vielmehr Reformen herbeisehnten. Krenz oberstes Anliegen war, diese Reformen nach den Wünschen der Partei zu gestalten.

Hinzu kam, dass von der Sowjetunion keine Rückdeckung zu erwarten war – anders als bei der Niederschlagung der Proteste rund um den 17. Juni 1953. Michail Gorbatschow hatte schon 1988 erklärt, dass die Sowjetunion sich aus den Angelegenheiten der anderen sozialistischen Staaten heraushalten würde. Die Anwendung von Gewalt hätte die SED-Führung außerdem international in eine schwierige Lage gebracht. So hätten Sanktionen der Bundesrepublik gegen die DDR die wirtschaftliche Lage noch verschlechtern können, da die DDR inzwischen von deren Krediten abhängig war.

## 5. NICHTS ZU VERLIEREN?

### Arbeitslosigkeit und Entindustrialisierung

Demonstration gegen Arbeitsplatzabbau durch die Treuhand, Berlin 1992



Der Umbruch in der DDR und die anschließende deutsche Einheit brachte für die Menschen tiefgreifende Veränderungen mit sich. Sie gewannen ihre Freiheit, konnten frei reisen und ihre Meinung äußern. Neben den vielen Gewinnerfahrungen, gab es jedoch auch Erfahrungen des Verlusts.

Mit der Entscheidung zur deutschen Einheit ging auch die Einführung der Marktwirtschaft und der westdeutschen D-Mark in der DDR einher. Viele Menschen hofften auf eine bessere

Versorgungslage mit Konsumgütern und steigenden Wohlstand. Die unzähligen, volkseigenen Betriebe mussten innerhalb kürzester Zeit von einem planwirtschaftlichen in ein marktwirtschaftliches System überführt und dazu privatisiert werden. Beauftragt wurde damit die Treuhandanstalt, die an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft agierte. Viele der DDR-Betriebe galten als unrentabel, wurden durch Stellenabbau verkleinert und teilweise gänzlich geschlossen.

## Planwirtschaft

Die DDR funktionierte nach einer sozialistischen Planwirtschaft. Die meisten Betriebe des Landes waren sogenannte Volkseigene Betriebe. Diese gehörten theoretisch dem Volk, wurden aber staatlich verwaltet. Die Betriebe der DDR orientierten sich in ihrer Arbeitsweise nicht an Gewinnen, sondern am für fünf Jahre festgelegten Plan. Dabei spielte es keine Rolle, ob ein Betrieb sich wirtschaftlich rechnete. Mit dem Untergang der DDR stellte sich die Frage, wem diese Volkseigenen Betriebe jetzt gehören sollten, wenn sich das Land auflöste.

### BASISWISSEN

Dadurch verloren innerhalb kürzester Zeit ungefähr ein Drittel der Menschen in der DDR ihren Job. Und nicht nur das: In der DDR hatte sich ein Großteil des sozialen Lebens im Betrieb abgespielt. Besonders in den großen Betrieben gab es ärztliche Versorgung, Kinderbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten und auch kulturelle Angebote. Diesen Alltag verloren viele Menschen mit der Schließung der Betriebe.

Darüber hinaus bedeutete Arbeitslosigkeit auch den Verlust sozialer Sicherheit und gesellschaftlichen Ansehens. Arbeitslosigkeit war in der DDR selten und stark negativ konnotiert. Nun mussten sich unzählige Menschen in einer Situation zurechtfinden, die ihnen jahrelang als gänzlich unwahrscheinlich vorgekommen war.

## Macht und Politik

Nicht nur das Wirtschaftssystem änderte sich grundlegend, sondern auch das politische System. Die SED-Diktatur wich einer freiheitlichen Demokratie mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, politischer Teilhabe und freien Wahlen. Für all jene Gruppen, die das SED-Regime getragen hatten, brachte dies einen Machtverlust mit sich. Dazu gehörten neben den Funktionären der SED, Mitarbeitende des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Angehörige der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Ganz unmittelbar hatten die lokalen SED-Funktionärinnen und -Funktionäre im Herbst 1989 den Unmut der Bevölkerung zu spüren bekommen. Besonders die Enthüllungen über Machtmissbrauch und große Privilegien sorgten zusätzlich dafür, dass ihr soziales Ansehen erheblich sank. Mit dem Machtverlust der SED mussten auch sie ihre Arbeitsplätze in den hauptamtlichen Strukturen der Partei räumen, ebenso wie die Mitarbeitenden des MfS nach der



Demonstration auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin am 4. November 1989.

Auflösung der Geheimpolizei. Eine strafrechtliche Verfolgung ihrer Taten blieb jedoch meist aus, denn in den wenigsten Fällen konnten sie nachträglich rechtlich belangt werden.

Neben der tatsächlichen Macht über andere, ob als politische Entscheidungsträgerin oder -träger, Mitglied der Geheimpolizei oder bewaffneter Offizier, verloren viele von ihnen ihr ideologisches Grundgerüst. Wer jahrelang den Sozialismus verteidigt hatte, mit und ohne Waffe, erlebte nun, wie sich das System auflöste. Besonders unter hochrangigen SED-Funktionärinnen und -Funktionären und MfS-Mitarbeitenden kam es in den ersten Jahren nach dem Umbruch vermehrt zu Suiziden.

## Rechtliche und soziale Sicherheiten

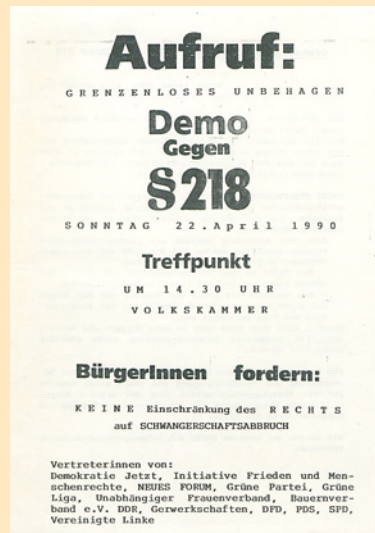
Einige Menschen verloren durch die Einheit rechtliche und soziale Sicherheiten. Die zahlenmäßig größte Gruppe, die davon betroffen war, waren Frauen und damit knapp 52 % der Gesamtbevölkerung. Es war üblich, dass Frauen arbeiteten und dadurch finanziell unabhängig von Ehepartnern waren. Damit ging nicht zwangsläufig eine gesellschaftliche Gleichstellung einher. Häufig waren die Frauen neben ihrer Berufstätigkeit verantwortlich für die Sorgearbeit, was zu einer Doppelbelastung führte. Überdurchschnittlich viele Frauen verloren 1989/90 ihre Jobs und damit diese wirtschaftliche

### QUELLE

Flugblatt mit Aufruf zur Demonstration gegen die Einführung des bundesdeutschen § 218, Bundesarchiv, DY 53/869



[https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DY53-869\\_Flugblatt.pdf](https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DY53-869_Flugblatt.pdf)



Webseite zu Erfahrungen und Geschichte der Vertragsarbeitenden – Eigensinn im Bruderland



<https://bruderland.de>

### KONTEXT

Unabhängigkeit. Viele ostdeutsche Frauen empfanden es zudem als Rückschritt, dass mit der deutschen Einheit auch für sie das restriktivere bundesdeutsche Gesetz zu Schwangerschaftsabbrüchen galt. In der DDR konnten Frauen seit 1972 in den ersten drei Monaten und ohne Angabe von Gründen legal ihre Schwangerschaft abbrechen („Fristenregelung“). In der Bundesrepublik galt § 218 Strafgesetzbuch, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte und diese nur in Ausnahmefällen zuließ. Proteste gegen die Übernahme dieser Regelung blieben erfolglos.

Eine zweite Gruppe, für die die Umbrüche in der DDR rechtliche und soziale Nachteile brachte, war die der Vertragsarbeitenden. Die DDR hatte

in den 1970er-Jahren Staatsverträge mit Ländern wie Mosambik, Angola und Vietnam abgeschlossen, v. a. um ihren hohen Arbeitskräftebedarf zu decken. Junge Menschen kamen für eine festgelegte Zeit zum Arbeiten in die DDR. Im Zuge der deutschen Einheit war ihr Aufenthaltsstatus ungeklärt. Zudem verloren viele Vertragsarbeitende ihre Arbeitsplätze, da sie im Konkurrenzkampf mit deutschen Beschäftigten oft unterlagen oder ihre Betriebe geschlossen wurden. Viele kehrten in ihre Heimatländer zurück, nicht immer freiwillig. Diejenigen, die in Deutschland bleiben wollten, mussten oft jahrelang um eine permanente Aufenthaltsgenehmigung kämpfen und sahen sich rassistischen Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt.

## 6. DEUTSCHLAND EINIG VATERLAND

„Wir sind ein Volk“

Der Slogan „Wir sind ein Volk“ ist eine der zentralen Botschaften des Herbstes 1989. Er steht wie kaum ein anderer für die Selbstermächtigung der Menschen in der DDR. Die Protestierenden erinnerten die Machthabenden daran, in wessen Namen sie regierten. Die Menschen auf den Straßen bezogen sich dabei ganz klar auf das Volk der DDR und forderten damit Reformen, die das Leben in der DDR besser machen sollten. An eine mögliche deutsche Einheit dachte am Anfang des Umbruchs noch kaum jemand. Nach vierzig Jahren DDR schien die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten in weite Ferne gerückt.

Schon einige Wochen später, v. a. nach dem Mauerfall am 9. November, klang das etwas anders. Plötzlich war der verbreitete Slogan „Wir sind ein Volk“, mit dem die Protestierenden die deutsche Einheit forderten. Viele der Menschen in der Bürgerbewegung und später an den Runden Tischen verfolgten währenddessen immer noch den Weg der Reformen. Die DDR sollte einen eigenständigen Weg zur Demokratisierung einschlagen und erst dann sollte auf Augenhöhe über die deutsche

### Deutsche Einheit im Grundgesetz (Artikel 23 und 146 GG)

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war der Auftrag zur Wiedervereinigung festgeschrieben. In der Präambel hieß es: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Dazu sah das Grundgesetz zwei Wege vor: In Artikel 23 war die Möglichkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und damit zum Grundgesetz verankert. In Artikel 146 war der Prozess der deutschen Einheit mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung verbunden.

#### BASISWISSEN

Einheit verhandelt werden. Ende November veröffentlichten Intellektuelle und einige Bürgerrechtlerinnen und -rechtler den Aufruf „Für unser Land“, in dem sie die Eigenständigkeit der DDR forderten.

Die CDU in Ost und West sowie die Bundesregierung verfolgten aber immer deutlicher den Weg zu einer schnellen deutschen Einheit, so wie sie lautstark auf den Straßen gefordert wurde. Im Wahlkampf um die erste freie Volkskammerwahl machte die CDU eine schnelle Vereinigung zum Wahlkampfthema Nummer eins.

## QUELLE

**26. November 1989 – Aufruf „Für unser Land“ – sozialistische Alternative zur Bundesrepublik; bis Ende Januar unterschrieben eine Million DDR-Bürgerinnen und Bürger**



<https://www.chronik-der-mauer.de/material/178900/aufruf-fuer-unser-land-neues-deutschland-26-november-1989>

Auf ihren Wahlplakaten benutzte sie z. B. den Slogan der Demonstrierenden „Wir sind ein Volk“. Der Wahlsieg des Bündnisses „Allianz für Deutschland“, dem die CDU angehörte, am 18. März 1990 zeugt vom Erfolg dieser Kampagne. Dies war der erste Schritt zu einer Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Am 3. Oktober 1990 wurde dieser vollzogen, das Grundgesetz galt nun in ganz Deutschland.

## Rechtsextremismus in der DDR

Die Rückbesinnung auf eine geeinte deutsche Nation kam Organisationen und Gruppen mit rechtsextremistischem Gedankengut gelegen. Mit dem Slogan „Wir sind ein Volk!“ drückten die meisten den Wunsch nach der Vereinigung von Ost und West aus. Völkische Gruppen hatten jedoch sehr genaue Vorstellungen, wer Teil dieses Volkes sein durfte und wer nicht. Dahinter stand die Vorstellung einer ethnisch reinen Gemeinschaft, die mit Rassismus und Antisemitismus einher ging. Sie knüpften damit an die Ideologie des NS-Staates an.

Schon vor dem Mauerfall hatte es Kontakte zwischen Neonazi-Gruppierungen aus Ost und West gegeben. In der DDR waren Ende der 1970er-Jahre Gruppen von jungen Rechtsextremen aufgefallen, die

**Neonazis  
posieren bei einer  
Demonstration  
vor Journalisten  
am 20. Januar 1990  
in Leipzig.**



## Podcast der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke zur Entstehung der Naziszene in Berlin-Lichtenberg



<https://licht-blicke.org/podcast/licht-blicke-podcast-folge-7-von-der-lichtenberger-front-zur-nationalen-alternative-zum-neonazismus-in-lichtenberg-der-wendjahre-1985-1992/>

### KONTEXT

mit ihrem Auftreten und Verhalten gegen das antifaschistische Selbstverständnis des sozialistischen Staates DDR protestierten. Mit dem Mauerfall stieg die Unterstützung aus dem Westen, insbesondere beim Aufbau von Strukturen.

Rechtsextreme aus West-Berlin und der Bundesrepublik erkannten das Potenzial für ihre politischen Ziele, das im Umbruch in der DDR lag. Die Partei „Die Republikaner“, die im Januar 1989 ins Abgeordnetenhaus von West-Berlin und fast alle Bezirksverordnetenversammlungen eingezogen war, verteil-

te spätestens ab Mitte Dezember 1989 u. a. bei Demonstrationen ihre Informationsmaterialien. Ab Anfang 1990 zeigten sich auch andere rechtsextreme Organisationen bei den Protesten. Ab 1990 wird Ost-Berlin und v. a. der Bezirk Lichtenberg zum Brennpunkt: Dort gründete sich im Januar die „Nationale Alternative“ als rechtsextreme Partei, die im März auch in das Parteienregister der DDR aufgenommen wurde. In einem Haus in der Weitlingstraße etablierten die Neonazis ihre Parteizentrale und schufen einen Anlaufpunkt für Rechtsextreme aus ganz Deutschland.

## FAZIT

Die Friedliche Revolution und der politische Umbruch in der DDR sind Teil unserer Demokratiegeschichte. Diese Zeit und ihre Ereignisse wirken bis heute in vielerlei Hinsicht nach.

Die Friedliche Revolution brachte positive Veränderungen: Meinungs-, Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit gehören zu den wichtigsten. Nun konnten Menschen sich kritisch gegenüber den Regierenden äußern, konnten sich organisieren und für ihre Belange Öffentlichkeit herstellen.

Nach dem Mauerfall zeigte sich, dass die Mehrheit der Menschen in der DDR möglichst schnell das Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik übernehmen wollten. Dies machten sie mit ihrer Stimme bei den ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 deutlich. Nach Jahren unter der als korrupt und unbeweglich wahrgenommene SED-Herrschaft mit ihrer Mangelwirtschaft war das System der Bundesrepublik attraktiv für die Menschen in der DDR. Doch die deutsche Einheit war für viele ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit Kosten verbunden, die sich teilweise erst Monate und Jahre nach dem 3. Oktober 1990

zeigten. Sie verloren ihre Arbeit, teilweise ihr soziales Umfeld, gesellschaftliche Anerkennung oder soziale Absicherungen. Die Befreiung von Diktatur und Repression war nur möglich, wenn zugleich auf die (nicht selten nur vermeintliche) soziale und gesellschaftliche Sicherheit verzichtet wurde.

Die unterschiedlichen Perspektiven auf die Ereignisse von 1989/1990 sind wichtig, um die Vielfalt der Erfahrungen von Menschen sichtbar zu machen. Dadurch können wir nicht nur die sehr unterschiedlichen Blicke auf die DDR und ihr Ende besser verstehen, sondern auch aktuelle Haltungen zu Gesellschaft und Politik einordnen. Gerade für die Demokratiebildung ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Umbruch wichtig, um die Erfahrungen ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und zu analysieren, inwiefern diese Erfahrungen ihre heutige Einstellung zur Demokratie prägen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)  
Franz-Jacob-Str. 4 B  
10369 Berlin

[www.aufarbeitung-berlin.de](http://www.aufarbeitung-berlin.de)

**Autorinnen:** Dr. Andrea Bahr, Michèle Matetschk-Delhaes

**Gestaltung:** [www.dunkelau-lemke-stach.de](http://www.dunkelau-lemke-stach.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt der aufgeführten externen Internetseiten nicht verantwortlich.

### Bildnachweise

- Titel picture alliance/SZ Photo/Jose Giribas  
S. 5 Robert-Havemann-Gesellschaft/Ulrike Poppe/RHG\_Fo\_HAB\_11421  
S. 9 Bundesarchiv, Bild 183-1990-0123-027/Oberst, Klaus  
S. 10 picture alliance/SZ Photo/Andreas Schoelzel  
S. 21 picture-alliance/ZB/CTK  
S. 25 Robert-Havemann-Gesellschaft/Nikolaus Becker/RHG\_Fo\_NiBe\_001\_46  
S. 27 Bundesstiftung Aufarbeitung, Daniel Biskup, Bild Scan\_045  
S. 29 Robert-Havemann-Gesellschaft/Andreas Kämper/RHG\_Fo\_RDA\_02212  
S. 30 [https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DY53-869\\_Flugblatt.pdf](https://deutsche-einheit-1990.de/wp-content/uploads/BArch-DY53-869_Flugblatt.pdf)  
S. 35 Merit Schambach/[https://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/Detail/Object/Show/object\\_id/412](https://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/Detail/Object/Show/object_id/412)



**Berliner Beauftragter  
zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur**